

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

Bericht des Leiters der Abteilung VII der Bezirksverwaltung Potsdam an Erich Mielke über die Lage an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961. Darin schilderte er wenige Tage vor dem Mauerbau die Befürchtungen der Bürger, das "Schlupfloch" West-Berlin könne versperrt werden.

Viele Menschen sahen auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der DDR für sich keine Perspektive. Zwischen 1945 und dem Bau der Mauer im August 1961 flohen etwa drei Millionen Bürger. Dieser Aderlass verursachte enorme wirtschaftliche Schäden, denn viele junge, gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger flohen in den Westen. Diese Entwicklung widersprach der häufig propagierten Überlegenheit des "real existierenden Sozialismus" und beschädigte zusätzlich das Ansehen der SED.

Seit Dezember 1957 wurde das Verlassen der DDR auf Grundlage des neuen Passgesetzes strafrechtlich verfolgt. Binnen zwölf Monaten wurden fast 10.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet, allerdings mit nachlassender Tendenz, um nicht zu viele Rückkehrwillige von ihren Vorhaben abzuhalten. Dies führte zunächst zu einem deutlichen Rückgang der Massenflucht. Ab 1960 stiegen die Zahlen jedoch wieder, und 1961 nahm die Fluchtbewegung dramatische Ausmaße an. Zwar war die lange grüne Grenze zur Bundesrepublik bereits seit 1952 immer besser gesichert worden, doch das "Schlupfloch" nach West-Berlin blieb bis zum Bau der Mauer im August 1961 offen.

Unmittelbar vor dem Bau der Mauer unterrichtete der Leiter der Abteilung VII der Bezirksverwaltung Potsdam Stasi-Chef Erich Mielke über die Lage an der Grenze zu West-Berlin. In seinem Bericht schilderte er ausführlich die Stimmung der Bürger und ihre Furcht vor einer endgültigen Schließung der Grenze im Zuge eines separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR.

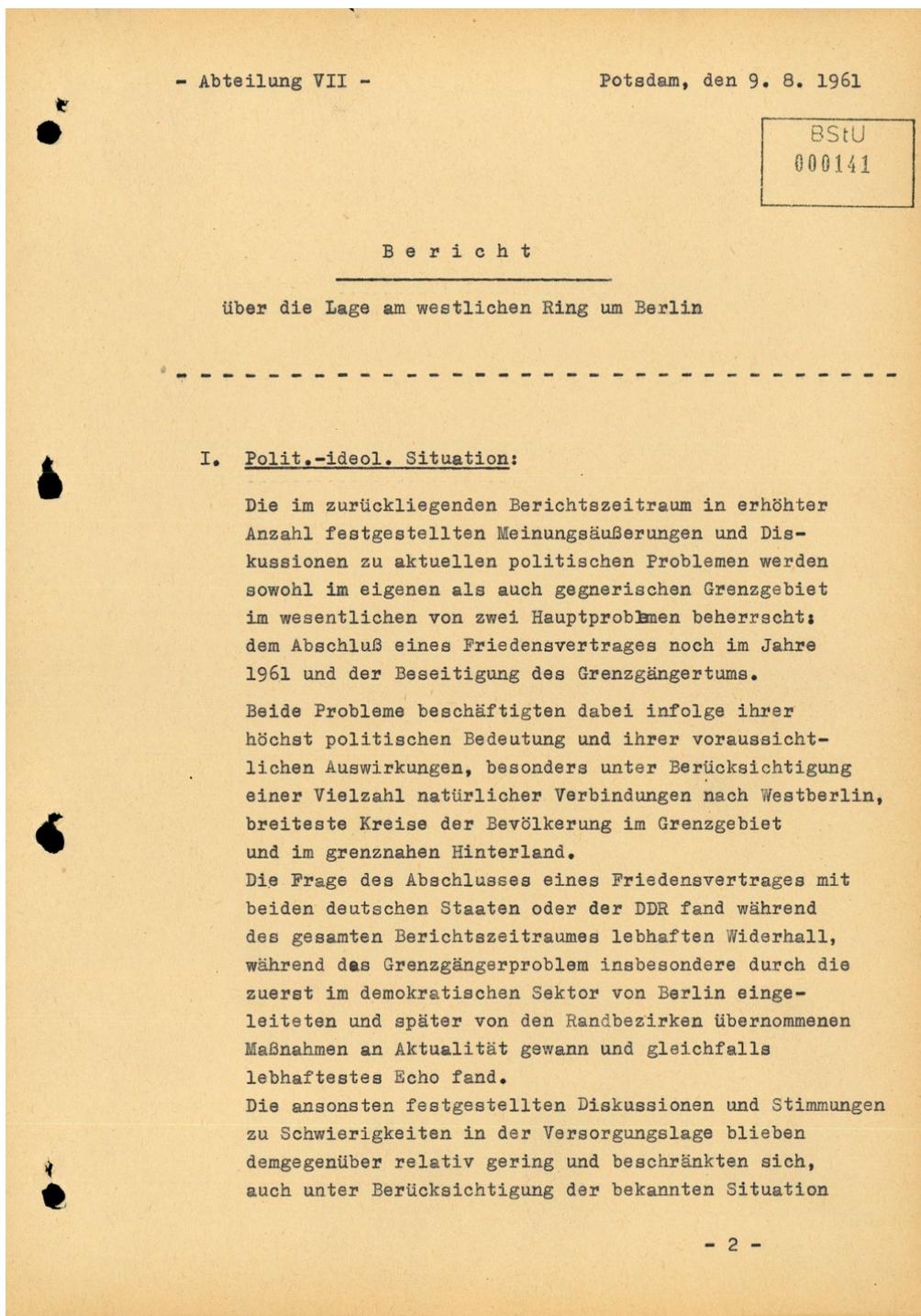
Sogenannten "Grenzgänger" – DDR-Bürger, die in West-Berlin arbeiteten, jedoch in Ost-Berlin wohnten und täglich die Grenze überqueren mussten – waren besonders beunruhigt. Denn sie sahen sich seit Juli immer häufiger Schikanen ausgesetzt. Viele von ihnen wurden zu "Aussprachen" vorgeladen, bei denen man ihnen nahelegte, doch eine Arbeit in der DDR aufzunehmen – für viele "Pendler" der letzte Auslöser zum Verlassen der DDR.

Signatur: BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 6, Bl. 141-156

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Datum: 9.8.1961
Potsdam, Abteilung VII

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961



Signatur: BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 6, Bl. 141-156

Blatt 141

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 2 -

BStU
000142

zumeist auf die bereits in den letzten Wochen und Monaten konstant aufgetretenen Schwerpunkte.

Bezeichnend für diese ist jedoch auch eine Zunahme von Äußerungen über aktuelle politische Fragen.

In den festgestellten Diskussionen zum Abschluß eines Friedensvertrages, deren Skala von der rückhaltlosen Zustimmung bis zur Ablehnung reichte, war kennzeichnend, daß sowohl den bejahenden als auch in den verneinenden Äußerungen mitunter erhebliche Zweifel über den tatsächlichen Nutzen einer solchen Maßnahme anhafteten und Notwendigkeit und Realität dieser Forderung mehrfach in Frage gestellt wurden. Die Ursachen dafür dürften erwiesenermaßen in einer einseitigen Orientierung auf westliche Nachrichten und Informationen und der damit verbundenen unausgesetzten Einflußnahme des Gegners auf die Bevölkerung der DDR als auch in der ungenügenden Wahrnehmung eigener Informationsquellen zu suchen sein.

Im überwiegenden Teil aller Äußerungen wurde der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten oder nur mit der DDR völlig richtig im unmittelbaren Zusammenhang mit der Lösung des Westberlin-Problems behandelt, wobei allerdings über die letztgenannte Teilfrage eine Reihe kühner Spekulationen angestellt wurden. Wenigeren Meinungen waren dagegen unmittelbare Befürchtungen über eine evtl. militärische Lösung der derzeit strittigen Fragen entnehmbar.

Inoffiziell konnte beispielsweise festgestellt werden, daß eine Reihe von Lehrern der Schule Groß - Ziethen, Kreis Königswusterhausen den Abschluß eines Friedensvertrages begrüßten und auch einen möglichen einseitigen Vertragsabschluß bejahten; letzteres aber nur unter der Bedingung, daß sich daraus kein Krieg entwickeln dürfe, ansonsten soll man lieber alles so lassen wie es ist.

Für die vorstehend genannten Zweifel an den Vorteilen des Friedensvertrages spricht beispielsweise auch die

- 3 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 3 -

BStU
000143

Meinung des [REDACTED], der ständig im Grenzgebiet tätig ist und die Ansicht vertrat, schon im Interesse des innerdeutschen Reiseverkehrs sei ein einseitiger Vertragsabschluß nur mit der DDR nicht zu befürworten. Seine Auffassung dürfte eine solche Orientierung gar nicht erst angefaßt, sondern von Anfang an auf einen Vertrag mit "ganz Deutschland" hingearbeitet werden.

Er vertrat weiter die Ansicht, durch die Schaffung einer "Freien Stadt" würde Berlin erst richtig gespalten und das wäre doch, angesichts der allseitigen Forderung nach Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands, nicht im Sinne der Sache.

Nahezu den gleichen Grundton hatte eine Aussprache mit westdeutschen Besuchern im Kreis Nauen, wobei die Auffassung vertreten wurde, der Friedensvertrag biete keine Möglichkeit der Wiedervereinigung, vertiefe die Spaltung Deutschlands noch mehr und mache sie zu einem Ewigkeitszustand. Die Perspektiven der friedlichen Lösung des Westberlin-Problems wurde von diesen Personenkreis so beurteilt, daß Westberlin früher oder später durch die Sowjetunion "kassiert" würde, gleichgültig ob unter dem gegenwärtigen Status oder unter dem einer "Freien Stadt". Gleichzeitig wurde von den Teilnehmern dieses Gespräches zum Ausdruck gebracht, daß noch vor Abschluß eines evtl. Vertrages mit der DDR die amerikanischen Einheiten in Westdeutschland verstärkt werden würden.

Von Grenzgängern im Kreis Nauen wurde geäußert, es sei als sicher anzunehmen, daß ein Friedensvertrag auch nur mit der DDR abgeschlossen werde. Im weiteren Verlauf ihrer Überlegungen erklärten sie, "der Amerikaner könne in Westberlin keine weiteren Konzessionen eingehen" und es würde aus diesem Grunde (!) keinen anderen Ausweg geben, als "zu gegebener Zeit zuzuschalten".

Mit besonderen Maßnahmen seitens der DDR - Behörden

- 4 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 4 -

BStU
000144

bei Abschluß eines Friedensvertrages rechnen sehr stark auch Angehörige der Mittelschichten sowie Gewerbetreibende in Eichwalde, Kreis Königswusterhausen. Von ihnen wird angenommen, daß bei Unterzeichnung des Vertrages die Grenzen nach Westberlin völlig geschlossen würden und daß die DDR im Zuge der weiteren Entwicklung "die soundsovielte Sowjetrepublik" werde. Vom IM wird eingeschätzt, daß aus diesen Äußerungen trotz Verbrämung und Zurückhaltung eine Ablehnung der von Partei und Regierung verfolgten Politik entnommen werden müsse, zumal weiter zum Ausdruck gebracht wurde, es könne "dann auch nicht mehr von Freiheit gesprochen werden".

Offene Ablehnung des Abschlusses eines Friedensvertrages sprach aus Äußerungen der [REDACTED] und [REDACTED], Zeuthen, Kreis Königswusterhausen. So erklärte u. a. [REDACTED] nach einem Besuch in Westberlin "es ist doch alles Mist was man hier sieht und auffährt. In Westberlin können einen die Augen trüben, da bekommt man einfach alles. Die wären ja verrückt, wenn sie durch Zustimmung zum Friedensvertrag ihre Freiheit aufgeben!"

Die schrittweise zur Durchführung gelangten Maßnahmen zur Beseitigung des Grenzgängerunwesens haben in den Grenzgemeinden und den übrigen Teilen des Bezirkes lebhaften Beifall und freudige Zustimmung maßgeblicher Bevölkerungsteile gefunden. Übereinstimmend wurde erklärt, daß mit den nunmehrigen Maßnahmen allen Schiebern und Spekulanten die Basis entzogen worden sei. Allerdings fehlte es dabei nicht an einer erheblichen Anzahl kritischer Bemerkungen über die zu große Geduld der Behörden der DDR, die es den Schmarotzern über einen ansehnlichen Zeitraum hinweg ermöglichte, den Schwindelkurs spekulativ für persönliche Vorteile auszunutzen.

Unter den Grenzgängern selbst haben die Maßnahmen zur Lösung dieses Problems unterschiedliche Reaktionen

- 5 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 5 -

BSU
000145

hervorgerufen. Neben einer Reihe von Grenzgängern, die auf Grund objektiver Schwierigkeiten ihren Arbeitsplatz in der DDR aufgaben, nach Westberlin gingen und so zu Nutznießern des Schwindelkurses wurden, sich aber jetzt sofort bereiterklärten, Arbeit in der DDR aufzunehmen, gibt es einen nicht geringen Teil, der hartnäckig auf der Beibehaltung seines Arbeitsverhältnisses besteht oder bemüht ist, eine Entscheidung über Arbeitsaufnahme in der DDR hinauszögern. Besonderes letzteres war verstärkt feststellbar bei solchen Grenzgängern, die erst vor geringerer Zeit Arbeit in Westberlin aufgenommen hatten und von der weiteren politischen Entwicklung solche Kompromisse "im Interesse der friedlichen Lösung aller strittigen Probleme" erwarteten, die ihnen die spekulative Fortsetzung ihrer Tätigkeit ermögliche. Häufigste Argumente dabei waren die Pflicht zur Einhaltung der vertraglich festgelegten Kündigungsfristen, bei Vorarbeitern und Polieren die "Verantwortung über übertragene Aufgaben und übernommene Pflichten", und der Abschluß bestimmter beruflicher Spezialausbildungen, in denen sich mehrere Grenzgänger befanden. Bezeichnenderweise erklärten sich sehr viele Grenzgänger mit der Arbeitsaufnahme erst zu Mitte des IV. Quartals und Anfang des Jahres 1962 bereit, woraus die abwartende Haltung hinsichtlich der weiteren politischen Entwicklung, insbesondere des Abschlusses eines Friedensvertrages, klar zu ersehen ist.
In Groß - Ziethen, Kreis Königswusterhausen konnte inoffiziell festgestellt werden, daß Grenzgänger erklärten, es müsse erst einmal abgewartet werden, wie sich die Lage entwickele, schließlich habe man schon öfters Krakeel gemacht und danach habe sich alles wieder beruhigt. Auch in einer Versammlung in Groß - Ziethen am 26. 1. 1961 an der Grenzgänger teilnahmen, war diese abwartende Haltung deutlich

- 6 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 6 -

BStU
000146

festzustellen. darüberhinaus war zu verzeichnen, daß insbesondere die anwesenden Grenzgänger interessiert waren, zu erfahren, wie und mit welchen Maßnahmen die Behörden der DDR das Grenzgängerproblem zu regeln gedenken.

In zahlreichen Fällen mußten gegen uneinsichtige Grenzgänger, die sich auf das Fehlen einschlägiger gesetzlicher Grundlagen für die gegenwärtigen Maßnahmen beriefen und die Aufgabe des westberliner Arbeitsverhältnisses verweigerten, geeignete staatliche Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Spekulationen und Republikfluchten eingeleitet werden.

Nach bisherigen Feststellungen führte die konsequente Anwendung solcher Maßnahmen unter Grenzgängern der Kreise Nauen, Gemeinde Staaken und Potsdam, Gemeinde Kleinmachnow zu der Tendenz, den Aufforderungen nach Arbeitsaufnahme in der DDR schon deshalb schnellstens nachzukommen, um im Besitz des PA zu bleiben und sich dadurch insgeheim die Möglichkeit der sorgfältigen Vorbereitung der Republikflucht zu erhalten. Eine entsprechende Orientierung und Auswertung wurde vorgenommen.

Sowohl das Bestehen auf weitere Arbeit in Westberlin, seimes aus Gründen jahrzehntelanger Tätigkeit und des in Einzelfällen damit verbundenen Rentenanspruches, sei es mangels fehlender beruflicher Verwendungsmöglichkeit (z. B. Diamantenschleifer, Weber) in Einzelfällen, als auch die Hinauszögerrungsversuche haben inzwischen durch eindeutige Anordnungen der örtlichen Organe eine entsprechende Regelung erfahren und dürften klarmachen, daß alle Spekulationen auf unkontrollierbare Arbeitsaufnahmen in Westberlin und die ungerechtfertigte Verschaffung von Vorteilen mit allen Mitteln unterbunden wird.

Durch die Kreisdienststelle Nauen konnte zu diesem Problem geleichfalls eine Reihe von Stimmungen festgestellt werden, die sich auf der Linie vorstehender Einschätzung bewegen.

- 7 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 7 -

BStU
000147

Von Arbeitern der im Grenzgebiet gelegenen Betriebe wurde geäußert, es können nicht genügend Maßnahmen zur Bekämpfung und Beseitigung der Grenzgänger geben.

Handwerker und Gewerbetreibende aus dem gleichen Grenzgebiet dagegen erklärten, dieses Problem sei nicht nur durch staatliche und politische Maßnahmen zu lösen, sondern könne nur beseitigt werden, wenn z. B. Westberlin durch die DDR nicht mehr mit Baustoffen beliefert werde, da es dadurch Westberliner Unternehmern möglich sei, reibungslos und ohne Arbeits- und Verdienstausfall zu arbeiten. (Ein häufiges Argument von Grenzgängern aus der Metall- und Bauindustrie vorgebracht als Begründung für Arbeitsaufnahme in Westberlin.) In mehreren anderen Fällen wurde von Grenzgängern erklärt, "solange die DDR beispielsweise Baumaterialien nach Westberlin liefere," hätten sie das Recht, auch "ihre Arbeitskraft nach Westberlin zu verkaufen" und "selbst Lenin hat gesagt, der Arbeiter müsse seine Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen!"

Uneinsichtig zeigte sich auch eine Reihe von in Westberlin tätigen und in Dallgow, Kreis Nauen, wohnhaften Verkäuferinnen. Angesichts der ersten Maßnahmen zur Rückgewinnung von Grenzgängern erklärten sie, auf keinen Fall ihre Arbeit in Westberlin aufzugeben und, sollte man sie zu Aussprachen vorladen, eher die DDR verlassen zu wollen. Entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung der Verwirklichung solcher Absichten werden eingeleitet.

Im Raum Teltow-Kleinmachnow, Kreis Potsdam, wurde festgestellt, daß insbesondere von Handwerksmeistern vom Abschluß des Friedensvertrages und der Lösung des Westberlin-Problems eine positive Veränderung des Arbeitskräftemangels und der Lohnfragen erwartet wird. Zahlreiche Bürger aus diesen Gemeinden diskutieren über eine weitere Verschlechterung ihrer Lage und verstehen darunter offensichtlich die

- 8 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 8 -

BStU
000148

Unterbindung der Einfuhr von Artikeln jeder Art aus Westberlin.

Breiten Raum nimmt das Grenzgängerproblem jetzt auch in den Briefverbindungen mit Westberlin und Westdeutschland ein. Vorliegenden Briefauszügen ist zu entnehmen, daß die gegenwärtigen Maßnahmen vielfach Anlaß sind, sich mit Gedanken der Republikflucht zu befassen. So heißt es u. a. in Briefen:

"Seitens der Regierung will man uns Grenzgänger jetzt Schwierigkeiten machen ... Wir sollen Miete in West bezahlen. Kartoffelkarten will man uns entziehen, Butter soll gekürzt werden usw. es sieht traurig aus. ... weiß nicht, ob man es richtig macht, geht man oder geht man nicht

... sind jetzt bei uns schärfere Kontrollen gegen Grenzgänger. Sie würde auch Schwierigkeiten haben, wenn sie bei uns wieder würde anfangen.

Nun sind wir in einer Verfassung.... meine Verwandten alle in Westberlin. nun hatten wird die Absicht ganz rüberzugehen... ... und weiß nicht, wie wir es richtig machen... ... haben wir eine sehr schöne Wohnung, aus der ich raus müßte, wenn Waltraud rübergeht... ... hat schon richtig Angst, wenn sie durch die Kontrolle muß....

... herrscht natürlich viel Unruhe und Gespanntheit wegen der Schließung der Grenzen ... usw.

Die entsprechenden Auszüge wurden den zuständigen Kreisdienststellen zur Bearbeitung übergeben.

Die von IM in Westberliner Grenzgebiet sowie in den übrigen Teilen Westberlins festgestellten Stimmungen und Meinungen befaßten sich gleichfalls mit den Hauptproblemen Friedensvertrag und Grenzgängerproblem. Erst mit erheblichen Abstand folgten ablehnende Auseinandersetzungen über die Lohn- und Preispolitik in Westberlin.

- 9 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 9 -

BStU
000149

Die zu den Hauptproblemen geäußerten Ansichten lassen erkennen, daß die Gewißheit über den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1961 um sich greift, jedoch die Perspektiven Westberlins zum überwiegenden Teil, entsprechend den Darlegungen in der westlichen Presse, unseren Auffassungen entgegengesetzt beurteilt werden. So besagen Informationen aus der Abt. 54 (Transport) des Siemens-Konzerns in Westberlin, daß Arbeiter dieser Abteilung zwar die Notwendigkeit einer Änderung des gegenwärtigen Berlin-Status anerkennen, aber nicht bereit sind, das System und insbesondere die gegenwärtige Versorgung in der DDR auf sich angewendet haben möchten, da dies "zu viel Entbehrungen mit sich bringen" würde. Sie äußerten Vertrauen zur Politik der westlichen Besatzungsmächte und glauben, daß Westberlin von diesen nicht aufgegeben wird, da "die wissen was sie mit Westberlin haben!"

Auch im Westhafen wurde von Arbeitern erklärt, es sei Gewißheit, daß das Westberlin-Problem bis Ende des Jahres gelöst werde, jedoch sei dabei nicht zu übersehen, daß die Lösung dieses Problems auch die Gefahr eines neuen Krieges in sich berge.

Die Schaffung einer "Freien Stadt" wird häufig als eine "Frage der Zeit" eingeschätzt und vielfach orakelt, die SU oder die DDR würden sich früher oder später nicht an Verträge und Vereinbarungen halten und Westberlin "einverleiben". Wie bereits mehrfach berichtet, liegen auch hierzu wieder solche Auffassungen vor, wenn es so käme, "dann würde man eben für den Osten arbeiten".

Weitere Informationen besagen, daß die Schaffung einer "Freien Stadt Westberlin" häufig zum Anlaß genommen wurde, um Erwägungen über den Ausgang evtl. in ganz Berlin durchgeföhrter sogenannter "Freier Wahlen" anzustellen. Die Meinungen über den Ausgang einer solchen "Wahl" gingen dabei auseinander. Während ein nicht geringer Teil der SPD großen Stimmenzuwachs

- 10 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 10 -

BStU
000150

prophezeite (an der die Amerikaner absolut keine Interesse hätten und eine solche Wahl selbst auch nicht befürworten werden !), meinen z. B. Angestellte des Gartenbauamtes Spandau, in einem solchen Falle werden alle Westberliner wählen. Arbeiter des Friedhofes vertraten die Ansicht, Wahlen in einer "Freien Stadt" würden die Wahl der SED zum Ergebnis haben, womit gesagt werden sollte, daß so wie jede Wahl in der DDR auch diese gefälscht werden würde.

Die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages 16 Jahre nach Kriegsende wurde von einen Monteur der Firma Alfa - Separator grundsätzlich befürwortet, jedoch der Hoffnung Ausdruck verliehen, die "oben" sollten bloß keinen Krieg wegen Westberlin machen. Von einen namentlich unbekannten Senatsangestellten wurde diese Notwendigkeit verneint mit der Begründung, es ginge auch so wie bisher ganz gut. Weiter sagte er, "der "russische Zar" will doch nur den Status quo durch internationale Vereinbarungen festlegen. Gelingt ihm das nicht, dann hat er in den Jahren 58/59 den Mund zu voll genommen. Kommt er aber mit seinen Forderungen durch, ist Adenauer und sein Anhang erledigt mitsamt ihren ganzen Versprechungen, ihrer Aufrüstung, der Revisson der Oder-Neiße-Grenze usw.

Auch von Westberliner Bürgern wird häufig die Auffassung vertreten, Abschluß eines Friedensvertrages und Schaffung einer Freien Stadt sei gleichbedeutend mit der Schließung der Grenzen und Blockade Westberlins. Andererseits wird angenommen, im demokratischen Sektor könne sich eher eine gleiche Entwicklung wie in Westberlin vollziehen, als daß die UNO eine "Freie Stadt" zulassen würde und "die Westmächte würden lieber einen Krieg auf sich nehmen, als Westberlin freizugeben".

Zu den in Westberlin festgestellten Meinungen über die Beseitigung des Grenzgängerunwesens in der DDR wurde

- 11 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

BStU

000151

- 11 -

in den bisher vorliegenden Informationen nur Zustimmung geäußert. Hauptargument dabei war, daß durch diese Maßnahmen viele Westberliner wieder einen ordentlichen Arbeitsplatz erhalten könnten und auch die Entlassungsangst von den als Lohndrücker verschrienen Grenzgänger geringer werde.

Über die noch vor Beginn der Maßnahmen festgestellte Zunahme von Nachfragen auch nach stundenweiser Beschäftigung im Gartenbauamt Spandau äußerten dort beschäftigte Arbeiter, im DDR - Grenzgebiet würden wohl bald keine Arbeitskräfte mehr sein, wenn es so weiter ginge. Die Westberliner Arbeiter müßten befürchten, ihre Arbeit zu verlieren, weil Grenzgänger unter den Tarif zu arbeiten bereit sind und meistens auch eingestellt würden.

Vielfach wurde im Zusammenhang mit der Zustimmung zu den Maßnahmen der Behörden der DDR jedoch auch erklärt, so richtig diese Maßnahme, so sehr zeige sich aber auch, wie es mit der Freiheit überhaupt und der Freiheit der Persönlichkeit im Besonderen bestellt sei und daß damit gegen das in der Verfassung garantierte Recht der freien Arbeitsplatzwahl verstößen würde.

Die den Grenzgängern auferlegten Beschränkungen, insbesondere der Ausschluß vom Erwerb hochwertiger Industriewaren wurde, u. a. von Westhafenarbeitern, mehrfach zum Anlaß genommen, um daran den wirtschaftlichen Niedergang in der DDR nachzuweisen.

Weitere Gesprächsthemen bildeten die steigenden Preise in Westberlin. Insbesondere von Hausfrauen wurde dazu erklärt, es sei sinnlos, daß die Gewerkschaften ständig für höhere Löhne kämpften, da gewährte Lohnerhöhungen in der Regel unmittelbare Preis erhöhungen zur Folge hätten und dem Arbeiter nicht im geringsten geholfen sei. In diesem Zusammenhang wurde erklärt, es sei auch verständlich, wenn die Bauern höhere Erzeugerpreise verlangen, da sie durch den sogenannten Grünen Plan der Adenauer - Regierung gezwungen seien, bestimmte Kulturen überhaupt nicht

- 12 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 12 -

BStU
000152

oder in geringerem Maße anzubauen, für den dadurch entstehenden Verlust die Bonner Regierung aber nicht aufkommt.

III.) Tätigkeit des Gegners:

Die gegnerische Tätigkeit hat sich im Berichtszeitraum auf Luftaufklärung, Fotografieren der Kontrollpunkte des AZKW und der DGP sowie auf Kontaktaufnahmen konzentriert. Ferner war in mehreren Fällen zu verzeichnen, daß S - Bahnzüge Angriffsobjekte des Gegners waren, indem Hetzlosungen eingerichtet waren, welche sich gegen unsere Funktionäre richteten. Ebenfalls wurden Zerstörungen der Inneneinrichtungen vorgenommen, so daß in einigen Fällen diese betreffenden S - Bahnwagen aus dem Verkehr gezogen werden mußten.

Zu zwei Provokationen kam es am 13. und 30. 7. 1961 in der 13. Grenzbereitschaft, 16. Kompanie im Bereich Babelsberg. Beide Posten konnten aus der Deckung heraus beobachten, wie in beiden Fällen zwei männliche Personen die Postenpaare der DGP auf üble Weise beschimpften. Es kam hierbei zu keiner Auseinandersetzung, da die Posten ihre Deckung nicht verließen.

Die Luftaufklärung hat sich gegenüber dem Vormonat verstärkt und ist besonders in der 2. Hälfte des Monats in der 13. Grenzbereitschaft konzentriert gewesen.

Eine Luftraumverletzung wurde in der 1. Kompanie der 14. Grenzbereitschaft im Bereich Sacrow beobachtet. Hierbei wurde die Grenze um ca. 1,5 km verletzt. Dieses Flugzeug kreiste sogar einige Male über dem Objekt der 1. Kompanie in Sacrow.

Es kann gesagt werden, daß die 13. Grenzbereitschaft als Schwerpunkt in dieser Hinsicht betrachtet werden

- 13 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

BStU

000153

- 13 -

kann, da auch in den Vormonaten die Luftaufklärung in diesem Bereich gegenüber anderen Grenzabschnitten relativ häufig war.

Die Übungstätigkeit des Gegners bezog sich in der Berichtsperiode auf Häuserkämpfe und Verteidigung einer Ortschaft. Diese bekannten fünf Übungen wurden auf dem Truppenübungsplatz Lichtenfelde - Süd durchgeführt. Zum Einsatz gelangten Besatzungssoldaten, welche mit Infanteriewaffen ausgerüstet waren.

Der Kräfteeinsatz betrug in der Regel ca. 30 Personen.

Die Streifentätigkeit des Gegners kann als normal bezeichnet werden. Zu besonderem Kräfteeinsatz kam es im Berichtszeitraum nicht.

In verschiedenen Abschnitten der 13. und 14. Grenzbereitschaft wurden Reisegesellschaften festgestellt, die das Gebiet der DDR beobachteten und in den Grenzverlauf eingewiesen wurden.

Die Beobachtungen der Bewegungen des Gegners haben darüber hinaus ergeben, daß die Kontrollobjekte des AZKW, insbesondere in Potsdam, Brücke der Einheit, in Nauen, Heerstraße, sowie in Oranienburg, Stolpe-Süd, im Berichtszeitraum wiederholt Gegenstand fotografischer und filmischer Aufnahmen waren.

Da diese Aufnahmen sowohl von Einzelpersonen, mehrfach aber auch von Aufnahmegruppen getätigt wurden und in Einzelfällen aus unmittelbarer Nähe der Kontrollobjekte unter Deckung durch Westberliner Polizei und Besetzungsangehörigen vorgenommen wurden, ist zu schlußfolgern, daß unter Verwendung des Aufnahmematerials sowohl der Kontrollablauf und die Kontrollintensität als auch der Durchgang von Personen und Gütern ausgewertet werden sollten.

Solche Aufnahmen, die unter dem Schutz der Besatzungsmächte stattfanden, gab es an der Brücke der Einheit Potsdam.

Zu versuchten Kontaktaufnahmen kam es in zwei Fällen in der 14. Grenzbereitschaft der 12. Kompanie.

Hierbei trat am Kontrollpunkt der DGP Glienicker/Nordbahn

- 14 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 14 -

BStU
000154

in Erscheinung, daß die dort diensttuenden Soldaten zum Trinken aufgefordert wurden sowie Zigaretten angeboten bekamen von Angehörigen der Stummpolizei. Innerhalb der 13. Grenzbereitschaft in der 5., 10., 12. Kompanie wurde von Zivilisten versucht durch Anbieten von Zigaretten sowie Entbieten des Tagesgrußes Kontakt herzustellen.

Besondere Vorkommnisse:

Im Berichtszeitraum wurden sechs Grenzdurchbrüche festgestellt, von denen in Richtung DDR - Westberlin und Richtung Westberlin - DDR je drei vorgenommen wurden. Im Unterschied zu den zurückliegenden Monaten erfolgten alle diese Grenzdurchbrüche über das Territorium bestehender Kontrollpunkte der DDR Sicherheitsorgane und liegen ausnahmslos in der grössten Vernachlässigung der Wachsamkeit begründet.

In drei Fällen gelang es Westberliner Bürgern mit der S - Bahn illegal über die Kontrollstelle Stolpe/Süd einzureisen und sich unkontrolliert im Gebiet der DDR aufzuhalten. Sie wurden erst bei der Rückreise nach Westberlin zur Kontrolle gestellt.

In zwei Fällen gelang es bisher unbekannt gebliebenen Personen die Dienstposten am Kontrollpunkt Brücke der Einheit zu überraschen und nach Westberlin durchzubrechen, indem sie die Posten umgingen. Der dritte Grenzdurchbruch DDR - Westberlin war möglich, weil eine durch die DGP festgenommene Person während der Überführung entweichen und die Grenze nach Westberlin durchbrechen konnte.

Am 24. und 27. 7. 1961 wurde in der 13. Grenzbereitschaft der 16. Kompanie beobachtet, wie auf westlicher Seite, gegenüber dem Friedhof Klein Glienicke, von zwei männlichen Personen einmal vier und einmal dreißig Brieftauben hochgelassen wurden. Alle Tauben flogen in Richtung DDR - Hinterland.

- 15 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

BStU
000155

- 15 -

Am 24. 7. 1961 um 23.00 Uhr überschritt der [REDACTED]

[REDACTED] in der Nähe des Volkshauses Staaken an der S-Bahn im angetrunkenen Zustand die Grenze nach Westberlin. Obwohl er beim Überschreiten der Grenze von einem Angehörigen der DGP angerufen wurde, stehet zu bleiben, setzte er seinen Weg fort. Genannter kehrte gegen 23.50 Uhr wieder in das Gebiet der DDR zurück. Bei der durchgeföhrten Vernehmung gab er an, daß er bis zum 22. 7. 1961 ein freundschaftliches Verhältnis zu einer gewissen [REDACTED] hatte, welche ebenfalls beim [REDACTED] tätig ist. [REDACTED] wurde aus dem [REDACTED] fristlos entlassen.

Der [REDACTED] ist am 29. 6. 1961 mit Pistole, Parteidokument, Dienstausweis und Fahndungsbücher desertiert.

Die [REDACTED] verließ bereits am 29. 6. 1961 in den Morgenstunden über den KPP Albrechtshof die DDR mit dem Bemerkern, daß sie zur Charité muß.

Durch die Vernehmung des [REDACTED] konnte in Erfahrung gebracht werden, daß er von der Republikflucht [REDACTED] schon drei Wochen Kenntnis hatte. Genannter wurde wegen Beihilfe zur Republikflucht inhaftiert.

In diesem Zusammenhang muß die Desertion des [REDACTED] er wähnt werden.

Bevor der [REDACTED] am 13. 5. 1961 die DDR verließ, fand am 11. 5. ein Gelage statt, an dem auch der [REDACTED] und der Grenzgänger [REDACTED] teilnahmen. Es besteht der dringende Verdacht, daß der [REDACTED] den [REDACTED] nachgezogen hat.

Die im Berichtszeitraum festgestellten Republikfluchten aus dem Bezirk Potsdam und insbesondere aus den Randkreisen haben sich im Vergleich zum Vormonat um ca. 45% erhöht und liegen für den Monat Juli bei

- 16 -

Bericht über die Situation an der Grenze zu West-Berlin im Juli 1961

- 16 -

BStU
000156

ca. 2.500 Personen. Die illegale Abwanderung von Bürgern aus den Grenzkreisen liegt insbesondere im Kreis Oranienburg mit einer monatlichen Zunahme von 41% nur ganz gering über den Gesamtdurchschnitt des Bezirkes.

In diesem Kreis ist in den letzten zwei Monaten besonders der Raum Hennigsdorf durch wachsende Anzeichen der feindlichen Tätigkeit, insbesondere der politisch - ideologischen Diversion, in Erscheinung getreten, deren Auswirkung sich ohne Zweifel u. a. in der Zunahme der Republikfluchten widerspiegeln.

Nach Oranienburg haben insbesondere die Kreise Potsdam mit 33% und Nauen mit 25% Zunahme von Republikfluchten gegenüber dem Vormonat die höchste Steigerung. Dazu ist zu bemerken, daß in den drei vorgenannten Kreisen die dichteste Besiedlung des Grenzgebietes, die größte Anzahl natürlicher Verbindungen nach Westberlin und auch den erheblichsten Anteil an Grenzgängern aus dem Bezirk aufweisen.

Die daraus resultierenden Einflüsse sind im Zusammenhang mit der Entwicklung der gegenwärtigen politischen Lage im nationalen und internationalen Maßstab, wie auch unter Berücksichtigung einiger besonderer Maßnahmen im demokratischen Sektor von Berlin und den Bezirken Frankfurt und Potsdam als wesentliche Ursachen für das verstärkte illegale Verlassen der DDR zu nennen.

In den Kreisen Zossen und Königs Wusterhausen ist die Zunahme der illegalen Abwanderungen geringer und liegt bei 18 bzw. 8%.

Leiter der Abteilung VII

IV (b)
(K e l l e r)
- Oberleutnant -